

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. G. Gever
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung bedarf stets 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort ist beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Mai 1931

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Terrorwahlen in Bulgarien.

SPD. Sofia, Ende Mai (Eig. Bericht)

Die Agitation für die am 21. Juni stattfindenden Sobranjewahlen hat begonnen. Wie heillos der Wahlwirrwarr ist, zeigt, dass sage und schreibe 32 Parteien, Parteigruppen und Grüppchen ihre Teilnahme an den Wahlen angemeldet haben. Bisher sind noch keine Kandidatenlisten eingereicht worden, obgleich der letzte Anmeldetermin der 30. Mai ist. Zwischen den beiden Regierungsparteien, den Sgoworisten und nationalliberalen Smilowisten, sind heftige Kämpfe bei der Aufstellung der Kandidatenlisten ausgebrochen, die, wie "Narod" schreibt, jeden Augenblick zu einem Zusammenbruch der Koalition führen können. Die Nationalliberalen, denen bei Eintritt in das Kabinett 40 Mandate zugesichert wurden, sind sehr ungehalten darüber, dass Liaptschew ihre meisten Kandidaten an wenig aussichtsreichen Plätzen aufstellen will. Sie fühlen sich betrogen und drohen immer lauter mit dem Austritt aus der Regierung. Innerhalb des Sgowors selbst tobt zwischen den verschiedenen "Stämmen" ein nicht minder erbitterter Streit um die Verteilung der Mandate, und die Führer haben alle Hände voll zu tun, um das in allen Fugen krachende morsche Parteigebilde zusammenzuhalten. Die meisten Bezirksverbände des Sgowors revoltieren offen gegen die Parteileitung, indem sie die ihnen von oben aufoktroierten Kandidaten mehr oder weniger glatt ablehnen, worüber im Zentralvorstand allgemeine Ratlosigkeit herrscht.

Unter diesen Umständen wäre es für die Opposition leicht, die Regierungsparteien trotz allen Terrors zu schlagen, wenn sie geeint wäre. Alle Anzeichen lassen jedoch erkennen, dass die zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen geführten Koalitionsverhandlungen kaum von Erfolg sein dürften. Die Sozialdemokraten erklären, dass sie kein Wahlbündnis suchen und ein solches höchstens mit den Parteien der Bauern und werktätigen Bevölkerung eingehen würden, falls sie dazu aufgefordert würden. Die Partei sei für einen selbständigen Wahlkampf gerüstet. Die Demokraten um Malinow, die gemäßigten Nationalliberalen, die Radikaldemokraten und Bauernbündler mühen sich seit zwei Wochen um das Zustandekommen einer Kampfsgemeinschaft. Die Verhandlungen erlitten jedoch durch die heftigen inneren Kämpfe innerhalb des Bauernbundes, die ihn neuerdings in zwei Gruppen gestaltet haben, einen empfindlichen Rückschlag. Die bürgerliche Linke versucht jetzt, Frieden unter den ewig unruhigen Bauernparteilern zu stiften, um den geplanten Wahlblock verwirklichen zu können. Die Kommunisten, die von Moskau reichlich mit Geldmitteln versehen sind, entfalten eine äußerst lebhafteste Wahlpropaganda. Nach der Regierungspartei besitzen sie die meisten Zeitungen und Zeitschriften, von denen sie mit eigenen Mitteln nicht eine einzige auszuhalten imstande sind. Diese Blätter führen eine nicht zu überbietende Hetz- und Schmutzkampagne gegen die Sozialisten und freien Gewerkschaften.

Es besteht bei diesem Chaos wenig Hoffnung, dass die herrschende Reaktion durch die Wahlen endgültig aus dem Sattel gehoben wird. Dazu kommt, dass den heutigen Machthabern unbeschränkte Geldmittel aus der Staatskasse für ihre

Studienreise oder Wanderfahrt?^x

SPD. Wer selbst in dieser härtesten Notzeit noch über Ferien und vor allen Dingen das notwendige Geld verfügt, um eine Reise machen zu können, wozu möglichst gar ins Ausland, der sieht sich heute vor eine Unzahl lockender Ziele und Angebote gestellt. Da ziehen die Prospekte von Bildungsausschüssen, Vereinen und anderen Organisationen, die Anpreisungen der verschiedensten Reisebüros uns an, und vielleicht hat sich auch noch ein guter Freund erkundigt: "Sag mal, wo wirst Du eigentlich dieses Jahr Deinen Urlaub verbringen? Ich hab einen glänzenden Vorschlag. Kommdoch Sonntag mal zu mir, da wollen wir etwas ausknobeln." Dann sitzt man beisammen und arbeitet sich durch Führer, Karten und Pläne hindurch, um nur ja das Beste herauszuholen.

Vor allem sollte man sich zuerst überlegen, was man in seinen Ferien erreichen will. Für denjenigen, der sich nicht auf einem Platze zu geniesseri-scher Ruhe niederlassen will, bieten sich zwei Möglichkeiten: eine Studienreise oder die ungezwungene Wanderfahrt. Zwischen diesen bestehen sehr grosse Unterschiede; beide haben Gründe für und gegen sich: Die Studienreisen erfolgen in Gesellschaft mehr oder minder fremder Leute und gehen meist nach grösseren Städten. Eine Wanderfahrt dagegen führt wohl fast immer mit wenigen guten Freunden hinaus in die freie Natur. Danach wird man sich entscheiden müssen. Sucht man neue Anregung, ist man innerlich fähig, das Pulsieren einer Riesenstadt in sich aufzunehmen, so suche man sich je nach dem Geldbeutel eine der Reisen nach den Weltstädten Paris, Brüssel oder London aus, die ja heute schon zu verhältnismässig billigen Preisen angeboten werden. Will man dagegen Ruhe und Anspannung vom Grosstadt-leben, so zieht man besser hinauf ins Gebirge oder an die See. Von der gesundheitlichen und geistigen Einstellung wird die Entscheidung abhängen. Für einen nervösen, abgesspannten Menschen ist es Gift, seine kostbare Freizeit noch durch unendliche Führungen usw. auszufüllen. Auch die geistigen Erlebnisse und Eindrücke sind grundverschieden, ob man im Hochgebirge und an stillen Bergseen beschauliche Einkehr hält oder fremde Städte besichtigt. Beides ist natürlich unendlich wertvoll, und das Beste wäre etwa ein Wechsel von einem Jahre zum anderen! Doch immer kommt es auf die persönliche Einstellung an und darauf, was man von einer Reise erwartet. Nur wer sich vorher darüber klar geworden ist, wird vor Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Ich will hier zwei selbsterlebte Beispiele angeben: Die eine Reise ging mit einem Freunde ins Schweizer Hochgebirge, die andere mit dem Frankfurter Bund für Volksbildung nach England. Beide sind für mich von ungeheurer Bedeutung gewesen, gingen in fremde Länder mit einer Fülle neuer Eindrücke, und doch haben sie grundverschieden auf mich gewirkt.

Schweizer Wanderung.

Wir waren vom Vierwaldstätter See zum Berner Oberland getippelt. Nachts schliefen wir in Sennhütten und Heustadeln oder in einfachen Alpenhäusern. Wir assen und tranken beim Senner Brot und Milch und fühlten uns wohl und stark dabei. Die Berge riefen, unsre Sehnsucht mit hinaufzutragen in die unendliche, reine Gletscherwelt. Ich vergesse nie einen wunderschönen Abend im Finsteraahorgebiet. Von der Grimselstrasse ging es über Schutthalden, Geröll und später über die Ausläufer des Gletschers zur Pavillon Dolfus-Hütte des Schweizer Alpenklubs. Es war ein herrlicher Tag, kurz nach Pfingsten. Also noch sehr früh fürs Hochgebirge, und noch lag der Schnee bis tief herunter. Zu beiden Seiten des Tales türmten sich die vielen Hörner des Berner Oberlandes, und Steine und Schnee rollten unter donnerndem Getöse von den glatten Feldwänden ab. Spät Abends kamen wir an, und dann ist eine Hütte mit Strohlager und dicker Maggisuppe mehr wert als das vornehmste Hotel. Draussen aber erwartete uns das schönste Bild, das ich je gesehen habe. Weiss und geisterhaft standen die zackigen Bergketten gegen den pechschwarzen Himmel, und helle Mondstrahlen erhöhten noch diese Wirkung. Einsam standen wir weit ent-

fernt von allen Menschen und fühlten gerade hier, wie wenig der Mensch allein bedeutet gegen das grosse Weltall. Tief drunten unter dem Eise des Gletschers gurgelte der Bach. Im Tale war es schwarz und schaurig.

Warum waren wir hier hinaufgezogen? Warum befriedigte uns die einsame Welt der kahlen Bergwände. War es Abenteuerlust, war es das Verlangen, unser blasses, übersteigertes Grosstadtleben durch reines Schauen zu ersetzen, das Verlangen, die Schönheit in reinem Beobachten ohne Zweck in uns aufzusaugen und ein Stück davon mit nach Hause zu nehmen in den grauen Alltag, in den Kampf der Menschen, der Arbeiter?

Dagegen England.

Wir kommen zu Freunden. In Southampton und London werden wir von den englischen Arbeitern empfangen. Mit dem Omnibus fahren wir durch das Grün der Wiesen und Wälder Südenglands nach London. In einer Vorstadt werden wir im Heim des dortigen Konsum-Vereins untergebracht. Grau und öde sind die Arbeiterviertel: Lange Reihen niedriger Häuser, Märkte und offene Fischläden. Jeden Tag schleppt man uns in mehrstündiger Fahrt in die City. Wir sehen das Parlamentsgebäude, das Britische Museum und andre Sehenswürdigkeiten. Ein Besuch der alten Universitätsstadt Oxford ergänzt die Reise, und auch dort werden wir von den Schülern des Ruskin College, einer englischen Arbeiterhochschule, freundlich begrüsst. Auf der Heimfahrt bekommen wir das alte England zu sehen: Stonehenge, die Kathedralen von Canterbury und Salisbury; kurz, es ist eine Studienreise, wie sie besser nicht organisiert sein kann.

Man weiss mehr, wenn man von einer solchen Reise zurückkehrt. Vielleicht hat man auch einen kurzen Einblick in ein fremdes Volk bekommen und merkt, dass das alles eigentlich garnicht viel anders ist als unser eigenes Schicksal. Damit erweitert sich die engstirnige Auffassungsmöglichkeit des ewig auf einem Platze Verharrenden, und deshalb entscheidet euch, die ihr dazu in der Lage seid: Studienreise oder Wanderfahrt; aber auf alle Fälle hinaus!

Karl Moeller.

SPD. Aufdeckung eines Brandgrabes.^x In Kärnten wurde bei dem Bau einer Zufahrtsstrasse nach Bleiburg von Arbeitern in der Nähe der Ortschaft Hof ein Brandgrab aufgedeckt. In einem mit grösseren Backsteinen ausgelegten Viereck fanden sie nur 50 Zentimeter unter der Erdoberfläche schwarze Aschenerde und darin drei Gefässe: einen sogenannten "Schwarzhafen" mit drei Füßen und Ringverzierungen, ein krugartiges Gefäss aus gebranntem Lehm, das fast vollständig erhalten ist, und eine flache Schale, ungefähr handbreit hoch, aus ungebranntem Ton. Besonders die Schale fällt durch ihre überaus zarte und schöne Ausführung auf. Ihre Wandstärke beträgt kaum etwas über einen Millimeter. Die Gegenstände wurden dem Landesmuseum übergeben. Die Frage muss erst entschieden werden, ob es sich um einen römischen oder vorrömischen keltischen Fund handelt. Die grössere Wahrscheinlichkeit spricht für die zweite Annahme.

SPD. Eine unbekannte Handschrift Flauberts.^x Bei der Sichtung des Nachlasses der Nichte des grossen französischen Dichters Flaubert hat man ein bisher völlig unbekanntes Manuskript aufgefunden, das den Titel "Eindrücke und Betrachtungen" trägt. Es ist von Flaubert mit einundzwanzig Jahren verfasst worden und enthält eine äusserst nihilistische Weltanschauung. Die Handschrift wird im berühmtesten Pariser Kunstauktionshause, dem "Hotel Drouot", versteigert werden.

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B.: G. Gever
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort der beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Mai 1931

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Terrorwahlen in Bulgarien.

SPD. Sofia, Ende Mai (Eig. Bericht)

Die Agitation für die am 21. Juni stattfindenden Sobranjewahlen hat begonnen. Wie heillos der Wahlwirrwarr ist, zeigt, dass sage und schreibe 32 Parteien, Parteigruppen und Grüppchen ihre Teilnahme an den Wahlen angemeldet haben. Bisher sind noch keine Kandidatenlisten eingereicht worden, obgleich der letzte Anmeldetermin der 30. Mai ist. Zwischen den beiden Regierungsparteien, den Sgoworisten und nationalliberalen Smilowisten, sind heftige Kämpfe bei der Aufstellung der Kandidatenlisten ausgebrochen, die, wie "Narod" schreibt, jeden Augenblick zu einem Zusammenbruch der Koalition führen können. Die Nationalliberalen, denen bei Eintritt in das Kabinett 40 Mandate zugesichert wurden, sind sehr ungehalten darüber, dass Liaptschew ihre meisten Kandidaten an wenig aussichtsreichen Plätzen aufstellen will. Sie fühlen sich betrogen und drohen immer lauter mit dem Austritt aus der Regierung. Innerhalb des Sgowors selbst tobt zwischen den verschiedenen "Stämmen" ein nicht minder erbitterter Streit um die Verteilung der Mandate, und die Führer haben alle Hände voll zu tun, um das in allen Fugen krachende morsche Parteigebilde zusammenzuhalten. Die meisten Bezirksverbände des Sgowors revoltieren offen gegen die Parteileitung, indem sie die ihnen von oben aufoktroierten Kandidaten mehr oder weniger glatt ablehnen, worüber im Zentralvorstand allgemeine Ratlosigkeit herrscht.

Unter diesen Umständen wäre es für die Opposition leicht, die Regierungsparteien trotz allen Terrors zu schlagen, wenn sie geeint wäre. Alle Anzeichen lassen jedoch erkennen, dass die zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen geführten Koalitionsverhandlungen kaum von Erfolg sein dürften. Die Sozialdemokraten erklären, dass sie kein Wahlbündnis suchen und ein solches höchstens mit den Parteien der Bauern und werktätigen Bevölkerung eingehen würden, falls sie dazu aufgefordert würden. Die Partei sei für einen selbständigen Wahlkampf gerüstet. Die Demokraten um Malinow, die gemäßigten Nationalliberalen, die Radikaldemokraten und Bauernbündler mühen sich seit zwei Wochen um das Zustandekommen einer Kampfesgemeinschaft. Die Verhandlungen erlitten jedoch durch die heftigen inneren Kämpfe innerhalb des Bauernbundes, die ihn neuerdings in zwei Gruppen gestaltet haben, einen empfindlichen Rückschlag. Die bürgerliche Linke versucht jetzt, Frieden unter den ewig unruhigen Bauernparteilern zu stiften, um den geplanten Wahlblock verwirklichen zu können. Die Kommunisten, die von Moskau reichlich mit Geldmitteln versehen sind, entfalten eine äußerst lebhafte Wahlpropaganda. Nach der Regierungspartei besitzen sie die meisten Zeitungen und Zeitschriften, von denen sie mit eigenen Mitteln nicht eine einzige auszuhalten imstande sind. Diese Blätter führen eine nicht zu überbietende Hetz- und Schmutzkampagne gegen die Sozialisten und freien Gewerkschaften.

Es besteht bei diesem Chaos wenig Hoffnung, dass die herrschende Reaktion durch die Wahlen endgültig aus dem Sattel gehoben wird. Dazu kommt, dass den heutigen Machthabern unbeschränkte Geldmittel aus der Staatskasse für ihre

Wahlsache zur Verfügung stehen und der gesamte Wahlapparat in ihren Händen liegt, der bereits mobilisiert worden ist.

Tagtäglich häufen sich in der Oppositionspresse die Meldungen über Terrorakte der Polizei. In Somowit wurde der sozialistische Agitator Küstelew verhaftet, im Polizeigebäude nackt ausgezogen und mit Holzknüppeln solange geschlagen, bis er über und über blutig das Bewusstsein verlor. Küstelew, der später nach Eingreifen des Zentralkomitees befreit wurde, liegt schwer verletzt darnieder. In Plewen wurde der Sohn des früheren Bauernministers Bakalow von Gendarmen derart maltrahiert und am Unterleib verletzt, dass ihm im Krankenhaus die Geschlechtsteile operativ entfernt werden mussten, um ihn am Leben zu erhalten. In der Stadt Eskidschumaje wurde der bisherige Abgeordnete der Bauerngruppe Tomow von faschistischen Rowdys und Polizeiagenten so übel zugerichtet, dass anfänglich an seinem Aufkommen gezweifelt wurde. Bei diesen Vorfällen wirkt es wie ein schlechter Witz, wenn der Ministerpräsident Liaptschew dieser Tage an die Polizeibehörden die strikte Anweisung ergehen liess, den Wahlkampf in keinerlei Weise zu behindern.

SPD. Paris, 30. Mai (Eig. Drantb.)

Die von Léon Blum ausgearbeitete Entschliessung über die Haltung der sozialistischen Partei in der Frage der Landesverteidigung und Abrüstung, die von dem Landeskongress einstimmig angenommen wurde, ist bereits in einem kurzen Auszug mitgeteilt worden. Wir halten es jedoch für notwendig, nachträglich einige weitere Stellen zu veröffentlichen, da der Entschliessung in Anbetracht des bevorstehenden internationalen Kongresses von Wien diesmal eine besondere Bedeutung zukommt.

Nachdem in der Entschliessung die Aufgabe der Landesverteidigung im Sinne der Sicherung der Unabhängigkeit der Nation und damit der Sicherung des Friedens auseinandergesetzt worden ist, heisst es weiter :

"Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen uns nur über die Wahl der sichersten und schnellsten Mittel. Wir alle halten den Kampf gegen den Krieg für einen Bestandteil der Doktrin des internationalen Sozialismus. Unser Pazifismus ist der Ausdruck des Sozialismus. Wir wollen alle die internationale Organisation des Sozialismus verstärken und die Bande, die sie mit jedem ihrer nationalen Parteiverbände verknüpfen, fester ziehen. Wir wollen alle einen erbitterten Kampf gegen alle Formen des Kriegsgeistes führen, an der Wiederverannäherung der Völker arbeiten und diese davon überzeugen, dass ein neuer Krieg die Grundlagen der Zivilisation erschüttern würde. Wir sind alle entschlossen, die Bemühungen des Völkerbundes zu unterstützen, wenn der Völkerbund wirksam an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Nationen arbeitet, d.h. wenn seine Bemühungen zur Stabilität des Friedens beitragen. Wir sind alle überzeugt, dass unter den gegenwärtigen Umständen diese Bemühungen vor allem auf die progressive und gleichzeitige Herabsetzung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung gerichtet sein müssen. Die Abrüstung ist in sich ein Friedens- und demzufolge ein Sicherheitsmittel. Sie ist die Vorbedingung und die Garantie für das System der juristischen Regelung von Konflikten, das allgemein und obligatorisch werden muss. Die Abrüstung kann weder umgangen noch verschoben noch von einer Vorbedingung abhängig gemacht werden. Sie muss durch die Organisation der schärfsten internationalen Kontrolle gesichert werden. Sie muss vor allem (der Kongress legt diesem Punkte eine besondere Bedeutung bei) die Internationalisierung des Zivil- und Militärflugwesens umfassen.

Wie alle anderen Sektionen der Internationale wird die französische sozialistische Partei auf die Regierung den stärksten Druck dahingehend aus-

üben, dass die für das nächste Jahr einberufene Abrüstungskonferenz nicht mit einer bitteren und unerträglichen Enttäuschung endet. Wir wissen, dass vor allem von der französischen Regierung ihr Erfolg oder ihr Scheitern abhängt. Wir werden die Regierung einstimmig an ihre Pflicht erinnern."

SPD. London, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Hoffnung der englischen Regierung, die Verhandlungen zur Neugestaltung der indischen Verfassung bereits Ende Juni in London wiederaufnehmen zu können, stellt sich mehr und mehr als verfrüht heraus. Zu diesem Zeitpunkt sollte der Untersuchungsausschuss, der sich mit der bundesstaatlichen Verfassung beschäftigen wird, in London zusammentreten. Die Vollkonferenz war für den September vorgesehen. Angesichts der jüngsten Entwicklung in Indien hält man es nicht mehr für möglich, die Arbeiten vor dem Herbst beginnen zu können.

Der Hauptgrund ist wieder einmal der Konflikt zwischen Hindus und Moslems. Der Arbeitsausschuss der allindischen Konferenz hat die Forderungen der Minorität, die Ostern auf dem Kongress in Delhi aufgestellt worden sind, noch einmal in so unnachgiebiger Form abgefasst, dass der Gegensatz zwischen diesen beiden Religionsgesellschaften wieder aufs schärfste hervorgetreten ist. Die Mohammedaner lehnen jede neue indische Verfassung ab, solange ihre Minoritätsrechte nicht gesichert sind. Ehe diese Hauptschwierigkeit für die Neugestaltung Indiens nicht behoben ist, müssen alle Arbeiten der Konferenz am runden Tisch als müssig angesehen werden. Gandhi selbst hat mehrfach erklärt, dass er nicht nach London kommen könne, bevor er diese Frage nicht gelöst habe. Wenn er auch, wie seine letzten Äusserungen zeigen, die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, so ist doch nicht mehr damit zu rechnen, dass eine Annäherung der grossen Gegensätze in wenigen Tagen zu bewerkstelligen sein wird. Man rechnet daher in London mit dem Wiederbeginn der Konferenz am runden Tisch nicht vor September, was abgesehen von dem Zeitverlust auch wegen des ungünstigen englischen Klimas für die indischen Delegierten zu bedauern ist.

SPD. Amsterdam, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Haager ständige Internationale Gerichtshof wird das mündliche Verfahren über die österreichisch-deutsche Zollunion erst am 20.Juli eröffnen. Da sechs Parteien auftreten, wird das Verfahren einige Wochen dauern.

SPD. Kiel, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Entgegen früheren Pressenachrichten steht jetzt fest, dass der Prozess gegen die früheren Ricklinger Erzieher doch stattfindet. Der Beginn des Prozesses ist auf den 2.Juni in Bad Segeberg angesetzt worden. Der Vorsitzende der Kieler Grossen Strafkammer, Landgerichtsdirektor Wichmann, rechnet mit einer 4 bis 5 tägigen Verhandlungsdauer.

Es handelt sich in diesem Prozess um die Berufungsverhandlung des Ricklinger Fürsorgeprozesses. Das Schöffengericht Neumünster verurteilte am 25.April 1930 den Fürsorgeanstaltsleiter Johann Zimdars wegen gefährlicher Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis, den Erziehungsgehilfen Walter Christoffer zu 4 Monaten Gefängnis und den Erziehungsgehilfen Gustav Lembke zu 2 Wochen Gefängnis. Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten, die Staatsanwaltschaft und auch die als Nebenkläger zugelassenen Fürsorgezöglinge Berufung ein.

Die erste Verhandlung des Prozesses, der die eigenartigen Erziehungsmethoden in der christlichen Fürsorgeerziehungsanstalt ins hellste Licht rückte, fand in der Öffentlichkeit verhältnismässig wenig Beachtung, dagegen wird in

der gesamten deutschen Presse über die jetzt angesetzte Berufungsverhandlung seit Monaten diskutiert. Die Berufungsverhandlung wird darum noch mehr das Interesse der Öffentlichkeit auf sich ziehen, weil die bekanntesten deutschen Verteidiger in diesem Prozess gegeneinander auftreten werden. Die Angeklagten werden durch Rechtsanwalt Dr. Alsberg-Berlin und die Nebenkläger durch die Rechtsanwälte Dr. Frey und Dr. Litten-Berlin vertreten. Ausserdem ist der bekannte Jugendpsychologe Professor Dr. Marbe-Würzburg als Sachverständiger geladen worden. In der Verhandlung sollen die ganzen Vorgänge, die der Anklage zugrundeliegen, noch einmal in aller Gründlichkeit verhandelt werden. Es sind insgesamt 47 Zeugen, worunter sich ehemalige Fürsorgezöglinge befinden, geladen.

SPD. Braunschweig, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Herzog von Braunschweig ist verpflichtet, als Patron des Landesmuseum und der Landesbibliothek die Hälfte der Verwaltungskosten für beide Institute aufzubringen. Um die Kosten herabzumindern, hatte der Herzog versucht, das berühmte Bild von Vermeer "Das Mädchen mit dem Weinglase" für zwei Millionen Mark zu verkaufen. Der Landtag hat den Verkauf aber abgelehnt. Der Herzog hat nun erklärt, die Verwaltungskosten nicht mehr zahlen zu können, und nun wurden vorsorglich alle Museumsdirektoren und Angestellten zum 1. Juli gekündigt. Die beiden Institute sollen nach dem Willen des Herzogs geschlossen werden. Dabei muss man berücksichtigen, dass der Herzog bei der Auseinandersetzung mit dem Staat im Jahre 1925 von der bürgerlichen Regierung Vermögenswerte von etwa 20 Millionen Mark, allein 53 000 Morgen besten braunschweigischen Bodens erhalten hat.

SPD. Der Reichsfinanzminister Dietrich lässt durch ihn nahestehende Blätter das Gerücht, dass er amtsmüde sei und demnächst zurücktreten werde, sehr energisch zurückweisen. Er begnügt sich nicht damit, zu dementieren, er geht vielmehr mit grosser Entschiedenheit gegen jene Kreise vor, die anscheinend das Gerücht lanciert haben. Er lässt erklären, dass die Schwerindustrie ihn stürzen wolle weil er das Kohlensyndikat statt auf 9 Jahre nur auf 3 Monate verlängert habe, um der Regierung freie Hand zu einer energischen Kartellpolitik zu verschaffen. Zum zweiten seien die Angriffe auf ihn darauf zurückzuführen, dass er der Zollpolitik von Schiele energisch entgegengetreten sei und zu dritten darauf, dass die Schwerindustrie ihren Wunsch, die Lasten des neuen Defizits restlos auf Arbeiter, Beamte und Angestellte zu legen, in der neuen Notverordnung nicht habe durchsetzen können. Er glaube nicht das Recht zu haben amtsmüde zu sein wenn derartige Kräfte auf seinen Sturz drängen.

SPD. Die Familie Ullstein hat sich ausgesöhnt. Dr. Franz Ullstein ist wieder in den Aufsichtsrat des Hauses Ullstein eingetreten, wo er neben Louis Ullstein den Vorsitz übernimmt.

SPD. Der Vorsitzende des ADGB hat am 30. Mai das folgende Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: "Sehr verehrter Herr Reichskanzler, die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, die Sie in den Stunden der Entscheidung über die neue Notverordnung bewegt, wird auch von uns geteilt. Im Auftrage unseres Bundesvorstandes beehre ich mich daher, Ihnen nochmals kurz unsere Auffassung darzulegen.

Die bisherigen Massnahmen der Regierung haben den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht verändert. Der Lohnabbau hat die Krise verschärft. Er hat die Kaufkraft geschwächt, die Steuereingänge herabgedrückt und einen wesentlichen Teil des Defizits der öffentlichen Haushalte verursacht. Was an Kaufkraft übrig blieb, wurde von der Agrarpolitik aufgezehrt. Durch den Auftrieb der Preise wichtigster Nahrungs- und Futtermittel auf das Zwei- bis Dreifache der Weltmarktpreise erhält die Grosslandwirtschaft auf Kosten der städtischen Bevölkerung eine Subvention, die den Ausgaben für die so oft ungerechtfertigt angegriffene Arbeitslosenversicherung mindestens gleichkommt.

Es kann der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden, diese Last weiter zu tragen. Aber sie ist bereit, eine namhafte Arbeitszeitverkürzung auf sich zu nehmen, um die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten mit den erwerbslosen Kollegen zu teilen. Die allgemeine gesetzliche 40-Stundenwoche ist ein dringendes Erfordernis.

Die sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen müssen erhalten bleiben. Die Sozialversicherung ist durch die Reserven-Entwertung infolge der Inflation sowie durch die Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der Krise gefährdet; sie muss gesichert werden. Insbesondere muss die Versorgung der Arbeitslosen in ihrem bisherigen Ausmasse bestehen bleiben; die zusätzliche Finanzierung muss aus Mitteln des Reiches ermöglicht werden, gegebenenfalls mit Hilfe derjenigen, die infolge ihrer Stellung oder ihres Einkommens von den Gefahren der Arbeitslosigkeit verschont bleiben.

Die Steuerlasten sind gewiss eine schwere Bürde geworden. Aber der Staat muss gerade in Zeiten der Not seine sozialen Verpflichtungen gegen die armsten Schichten des Volkes mit allen Mitteln erfüllen. Zu diesem Zwecke müssen Vermögen und höhere Einkommen vordringlich in Anspruch genommen werden, z.B. durch weitere Zuschläge zur Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Aufsichtsratssteuer.

Die Regierung muss ferner jede Möglichkeit für die Aufnahme von Auslandsanleihen wahrnehmen, damit die öffentliche Verwaltung die Mittel für umfassende Arbeitsbeschaffung erhält.

Die bevorstehende Notverordnung muss von folgenden Leitgedanken beherrscht sein: 1) Belebung der Kaufkraft. Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik. 2) Erhaltung der sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen. Besteuerung der Leistungsfähigen; 3) Entlastung des Arbeitsmarktes. Gesetzliche Einführung der 40-Stundenwoche.

Ohne Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte, Herr Reichskanzler, und ohne gleichzeitigen Verzicht auf weiteren Lohnabbau wird weder die dringend notwendige soziale und politische Entspannung noch der erhoffte Auftrieb der Wirtschaft eintreten. In ausgezeichnete Hochachtung Leipart."

SPD. Der Stahlhelm veranstaltet in Breslau einen sogenannten Reichs-Frontsoldaten-Tag. An politischer Deutlichkeit steht diese Veranstaltung hinter der Stahlhelm-Demonstration in Koblenz um nichts zurück. Es wurden bundeseffizient Reden gehalten, in denen ganz unverhohlen zum Revanchekrieg gegen Polen aufgerufen wurde. Der Bundesführer Seldte benutzte die Erinnerung daran, dass von Breslau aus der Aufruf zum Befreiungskriege von 1813 ergangen ist, um zu einem neuen Kriege aufzureizen. Er rief aus: "mir will es wie ein Symbol erscheinen, dass der 12.Reichs-Frontsoldaten-Tag in Breslau, der Stadt der Befreiung, stat findet. Der 12.Reichs-Frontsoldaten-Tag! Das Dutzend ist voll, das Mass ist voll." Der wahre Charakter dieser kriegshetzerischen und stockreaktionären Kungebung wird dadurch beleuchtet, dass 10 000 Stahlhelmlaute im Paradeschritt an dem Exkronprinzen vorübermarschierten und 6 000 Stahlhelmer an dem Exkönig von Sachsen. Es ist eine Parade der Kriegshetze und der monarchistischen Gegenrevolution.

SPD. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben die vom Reichsernährungsministerium und vom preussischen Handelsministerium unter Mitarbeit der Reichsforschungsstellen für landwirtschaftliches Marktwesen eingeleiteten Verhandlungen über eine Verbilligung des Brotpreises in Düsseldorf zu dem gleichen Ergebnis geführt wie in Köln.

SPD. Leipzig, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend Vor- und Nachmittag tagte in Leipzig der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei zur Vorbereitung des Parteitag. Der Parteitag wird am Sonntag Nachmittag in dem festlich geschmückten Volkshaus von Otto Wels eröffnet und voraussichtlich bis Ende der Woche dauern.

Der Ausschuss beschäftigte sich hauptsächlich mit organisatorischen Fragen und nahm Stellung zu den an den Parteitag gerichteten Anträgen. Es wurde u. a. beschlossen, alle Anträge gegen die neun sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die bei der Abstimmung über die erste Rate für den Panzerkreuzer B gegen die Fraktion für die Ablehnung dieser Rate gestimmt hatten, durch Annahme einer Missbilligung für erledigt zu erklären und dem Parteitag die Annahme einer entsprechenden Entschliessung zu empfehlen, in der die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zugleich ermächtigt wird, den Abstimmungszwang zu beschliessen und strengstens durchzuführen. Der Parteiausschuss setzt seine Beratungen am Sonntag Vormittag mit der Frage fort, wie der Partei Vorstand nach dem Tode Hermann Müllers ergänzt werden soll und welche Personen dem Parteitag für die Ergänzungswahl in Vorschlag gebracht werden sollen.

Ausser dem Parteiausschuss tagten am Sonnabend im Volkshaus noch zahlreiche andere Partei-Institutionen.

SPD. Amsterdam, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Dem Haager Ständigen internationalen Gerichtshof ging gemäss Beschluss des Völkerbundsrates ein Ansuchen zu, über die Rechtslage der polnischen Untertanen oder anderer Personen polnischen Ursprungs im Gebiet der Freistadt Danzig und die für Streitigkeiten mit der polnischen Regierung wegen solcher Personen zuständigen Instanzen ein Gutachten abgeben und die bestehenden Verträge einwandfrei auslegen zu wollen.

SPD. Wien, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, für die am 18. Oktober stattfindende Wahl des Bundespräsidenten, die hier zum ersten Male durch das ganze Volk erfolgt, Dr. Karl Renner als Kandidaten aufzustellen und sofort mit den Vorbereitungen für die Wahlagitation zu beginnen.

Von grossdeutscher Seite wird mitgeteilt, dass die Demission des Ministers Schürff unwiderruflich ist, dagegen wird Dr. Schober auf Wunsch der Grossdeutschen Partei als ihr Vertreter in der Regierung bleiben.

SPD. Paris, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Stadtverordnetenversammlung von Tourcoing hat am Sonnabend einen Kredit von 300 000 Francs und die Stadtverordnetenversammlung von Watrellos einen solchen von 75 000 Francs zur Auszahlung von Unterstützungen an streikende Textilarbeiter bewilligt. Die Lage im Streikgebiet ist ruhig. Versammlungen oder Kundgebungen haben am Sonnabend nicht stattgefunden.

SPD. Paris, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Festlichkeiten aus Anlass der 500. Wiederkehr des Todestages der Jungfrau von Orleans, die sich seit einigen Tagen in Rouen abwickeln, haben am Sonnabend, dem eigentlichen Gedenktag, ihren Höhepunkt erreicht. Auf dem alten Marktplatz, auf dem das Heldenmädchen im Jahre 1431 den Verbrennungstod erlitt, fand eine eindrucksvolle Feier statt, an der, umgeben von einer grossen Menschenmenge, der Justizminister Bérard im Namen der Regierung, über 50 Kardinäle und Bischöfe aus Frankreich und dem Ausland, darunter auch der Fürstbischof von England, als besonderer Abgesandter des Papstes, und die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden teilnahmen. Der Bürgermeister von Rouen, der Historiker Hanotaux, und der Justizminister hielten Reden, in denen sie die Tugenden und die Tapferkeit des einfachen Mädchens aus dem Volke rühmten, das nach der Heiligsprechung durch den Papst schliesslich zur Nationalheldin von Frankreich geworden ist. Nach den Ansprachen bildete sich ein Zug aus den anwesenden Persönlichkeiten, Militär- und Marineabteilungen, Mitglieder zahlreicher Kriegs- und Sportverbände sowie vieler Schulkinder, der sich vom alten Marktplatz nach der Seine-Brücke bewegte, von wo aus der Henker seinerzeit die Aschenreste der Jungfrau in die Seine geworfen hatte. Dort präsentierten die Truppen das Gewehr und unter Trommelwirbel und 21 Salutschüssen warf der Abgesandte des Papstes und eine Gruppe weiss verschleierter Mädchen Blumen auf das nasse Grab des Heldenmädchens. Am Mittag gab die Stadtverwaltung zu Ehren des Justizministers und des Fürstbischofs von England ein Essen, bei dem der englische Botschafter in Paris eine Ansprache hielt. Am Nachmittag fand schliesslich in der Kathedrale in Rouen eine kirchliche Feier statt. Am Abend war die ganze Stadt illuminiert.

SPD. Zürich, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend ging in der Gegend von Zurzach an der deutsch-schweizerischen Grenze ein verheerendes Unwetter nieder. Vom Zurzacher Berg wälzte sich ein mannshoher Strom durch die Strassen der Stadt. Die Erdgeschosswohnungen wurden überflutet, Läden und Magazine verwüstet. Das Geschiebe aus Baumstämmen und Steinen liegt in der Stadt Zurzach etwa einen Meter hoch. Ein Bewohner des obersten Hauses wurde Hunderte von Metern mitgerissen, konnte jedoch gerettet werden. Im benachbarten Rekingen wurde ein Mann von den reissen den Fluten in den Rhein hinausgetrieben, wo er ertrunken ist. Die Eisenbahn ist in Coblenz, Rietheim und Rekingen unterbrochen, der Bahndamm der Linie Waldshut-Turgi ist an verschiedenen Stellen weggerissen. Militär ist zu den Räumungsarbeiten aufgeboden worden.

SPD. Zürich, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Aero-Club der Schweiz wird Professor Piggard die Goldene Medaille und Ingenieur Kipfer die Silberne Medaille des Clubs verleihen.

SPD. München, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Die einmal berühmt gewesene Münchener Operettenbühne "Theater am Gärtnerplatz" schloss mit dem 30. Mai ihren Betrieb. In den letzten Jahren hatte das Theater dauernd mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, sodass es nur durch Beihilfe der Stadt München und durch andere Zuschüsse ein notdürftiges Dasein fristete. Die Ursache des Zusammenbruchs liegt in der allgemeinen Theaterkrise, besonders aber in dem Tiefstand der modernen Operetten. Die Schliessung erfolgte auf das Drängen des Personals, das schon seit April keine Gage erhalten hat und nicht mehr länger durchhalten kann. Die 150 Leute beziehen nunmehr arbeitslosenunterstützung.

SPD. Bonn, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Ein Polizeisekretär, der im Auftrage der hiesigen Polizeischule bei der Reichsbank 50 000 Mark Löhnungsgelder abgehoben hatte, ist mit diesem Betrag geflüchtet. Man vermutet, dass der Flüchtling, der aus Metz gebürtig ist, mit einem Kraftwagen zur französischen Grenze gefahren ist.

SPD. Köln, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

In dem Kurort Herchen an der Sieg hat der frühere Vorsitzende der Spar- und Darlehnskasse die Kasse um rund 100 000 Mark geschädigt. Er hat den bei ihm beschäftigten Kassierer der Kasse veranlasst, ihm für rund 100 000 Mark Kredite zu geben, obwohl ihm nur 4 000 Mark bewilligt waren.

SPD. München, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Landesausschuss der Bayerischen Volkspartei nahm am Sonnabend Stellung zu den Verhandlungen über das Steuervereinheitlichungsgesetz, die ihre Beauftragten am 21.Mai mit der Reichsregierung abgeschlossen haben. Nach einer mehrstündigen Aussprache billigte der Landesausschuss das Ergebnis der Verhandlungen durch die Annahme des von der Reichsregierung unterbreiteten Vorschlags. Danach wird 1. die Steuerverordnung vom 1.Dezember 1930 in den Kapiteln II., Grundsteuer, und III., Gewerbesteuer, des dritten Teils der Verordnung dahin geändert, dass den Ländern die eigene Zuständigkeit für die Regelung der Freigrenzen, Befreiungsvorschriften und Messzahlen belassen wird. In den Messzahlen sollen die Länder lediglich an eine Höchstgrenze für die Besteuerung eines Gewerbeertrags von über 15 500 Mark gebunden sein. Bei den Befreiungsvorschriften soll ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers nur dann bestehen, wenn die verfassungsmässigen Voraussetzungen für eine Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiet nach Artikel 11. der Reichsverfassung gegeben wären. Eine Beschränkung dieser eigenen Zuständigkeit der Länder auf die Gewerbebetriebe, die ausserhalb des Landes keine Betriebsstätten unterhalten, findet nicht statt. 2. Diese Änderung der Steuernotverordnung erfolgt auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung. Das Reichskabinett wird die entsprechende Vorlage dem Reichsrat und allenfalls auf dem Wege einer Doppelvorlage dem Reichstag zuleiten und dort vertreten.

Ein Inkrafttreten der Bestimmungen in Kapitel II. und III. der Steuernotverordnung wird so lange nicht erfolgen, als nicht die Abänderung verabschiedet ist. Bis dahin ruht auch die Klage, die die bayerische Regierung beim Staatsgerichtshof des Reiches erhoben hat.

Ausserdem fasste der Landesausschuss eine Entschliessung zur Aufrollung der Reparationsfrage. Darin wird die Reichsregierung ermahnt, dem Ausland die Unmöglichkeit der weiteren Tributzahlungen klarzumachen und ihre Einstellung oder Minderung zu fordern.

SPD. Rom, 30.Mai (Eig.Drahtb.)

In dem Prozess gegen die verhafteten Mitglieder des republikanisch-demokratischen Geheimbundes "Freiheit und Gerechtigkeit" wurde am Sonnabend vom Sondergerichtshof das Urteil gesprochen. Die intellektuellen Führer Richard Bauer und Professor Ernst Rossi, die mannhaft zu ihrer politischen Überzeugung standen, wurden zu je 20 Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Professor Zari, der einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte und das Gericht weinend um Gnade bat, wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen, ebenso der Ingenieur Daminani. Der blutjunge Militärflieger

Viezzoli, der über Rom die Aufrufe zur Revolution abwerfen sollte, bekam sechs Jahre, der Ingenieur Calace und der Kaufmann Roberto je zehn Jahre Gefängnis.

Die interessanteste Erklärung in diesem ganzen politischen Prozess gab der junge Volkswirtschaftler Rossi ab. Er klagte das Gericht in öffentlicher Verhandlung an, dass gegen Del Re nur formell Anklage erhoben worden sei und dass er gar nicht geflüchtet sei. Er, Rossi, habe Del Re längst als Provokateur und Spitzel der Faschisten erkannt, der sie alle zu schärfsten Terrorakten und Bombenattentaten hatte verführen wollen. Bei der Anfertigung der Bomben, die auf öffentliche Gebäude abgeworfen werden sollten, habe er diesen Spitzel vor allen seinen Freunden entlarven wollen, Del Re sei aber plötzlich verschwunden gewesen. Er sei der Angeber von ihnen allen.

SPD. Rom, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Das vatikanische Staatsorgan, der "Osservatore Romano", der sonst in den Nachmittagsstunden erscheint, ist am Sonnabend bis in später Abendstunde in der Stadt nicht in Umlauf gewesen. Es heisst, dass er auf merkwürdige Art aus dem Verkauf entfernt worden ist. Denn das vatikanische Staatsorgan brachte und bringt jeden Tag neue Rubriken über Misshandlungen und Verfolgungen von Katholiken und klagt dabei besonders das Verhalten der Polizei an. Warum der "Osservatore Romano" am Sonnabend nicht erschienen ist, wird sich erst später herausstellen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Wenn Löblein boxt...

Der Herr aus der Provinz und der Schurke auf der Bühne = Eine Gerichtsverhandlung mit theatralischem Hintergrund.

SPD. Der Kleinkaufmann Martin Löblein wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen tätlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Martin Löblein ist bestimmt ein rechtschaffener Mensch. Er ist vielleicht zu rechtschaffen. Nur deshalb konnte ihm wohl das Malheur mit der tätlichen Beleidigung und der leichten Körperverletzung passieren. Denn schliesslich kann ja Martin Löblein nichts dafür, wenn ihn die ländliche Idylle, in der er aufwuchs, zu einer Naivität der Gefühle erzog, die in dem grossen und modernen Berlin unbedingt zu Katastrophen führen musste.

Löblein, der in einem kleinen verträumten Ort der Mark Brandenburg ein Grünkramesgeschäft betrieb, das er vom Vater ererbt hatte, der es hinwiederum ebenfalls seinerzeit von Löbleins Grossvater zu treuen Händen bekam, war Zeit seines Lebens eigentlich ein begeisterter Freund zäher Sesshaftigkeit gewesen. Er ging mit jener verklärten Ruhe, die Leuten seines Schlages eigen ist, seinen Geschäften nach, hatte sein kleines Häuschen und einen winzigen Garten, den er mit Liebe bestellte und fühlte sich restlos wohl. Bis eines Tages eine schon fast verschollene Verwandte in Berlin auf den barocken Gedanken kam, Löblein nach Berlin einzuladen... - und Löblein folgte dem Ruf.

Er bereute ihn bald. Denn die tausend Ereignisse, die auf ihn einstürzten, verwirrten ihn nur und bereicherten ihn nicht.

+

Die eigentliche Tragikomödie Martin Löbleins nahm ihren Anfang mit einem harmlosen Theaterbillet. Löblein, der, wie er versicherte, in seinem ganzen Leben noch niemals einer Schaudarbietung, von einem Dorfzirkus, den er in frühester Jugend besuchte, abgesehen, beigewohnt hatte, war anscheinend der elementaren Erschütterung, die dieses Erlebnis für ihn mit sich brachte, nicht gewachsen. Denn nur so ist es zu erklären, dass er... Aber davon wollen wir erst später sprechen. Jedenfalls hatte Löblein einen Parkettplatz dicht an der Bühne und das Stück, das man spielte, war so geräuschvoll und lebendig, dass man die Souffleuse schreien und die Schauspieler flüstern hörte - oder auch umgekehrt. Das Stück, das für Martin Löblein das Tor zu jenen Brettern öffnete, die angeblich die Welt bedeuten, war ein Lustspiel und, da eine von heute, wohl vor allem aus diesem Grunde mit Fleiss ohne jeglichen Humor. Ein ausgemachter Schurke kam in dem Stück vor, der ein halbes Dutzend Frauen auf einmal betrog und mit frivoler Stimme auf seine männliche Sieghaftigkeit wahre Theaterarien sang. Das Publikum lachte herzlich und ging, teils aus Mitleid, teils aus geistiger Bescheidenheit herzlich mit; nur Martin Löblein sass mit einem toternsten Gesicht auf seinem Parkettstuhl und schaute mit brennenden Augen auf all die schrecklichen Dinge, die unter dem Gelächter des Publikums auf der Bühne vor sich gingen. Er fand sie im tiefsten unsittlich.

+

Es war gegen Ende des zweiten Aktes, kurz vor der grossen Pause. Dem ausgemachten Schurken war schon wieder eine Frau ins Garn gegangen und ruhmredig, wie er nun einmal laut Kontrakt und Rolle zu sein hatte, stand er auf der Bühne und erzählte mit grossen Worten und entsprechenden Gesten von seinem letzten Aben-

teuer. Plötzlich kam es zu einer ganz seltsamen Dramatisierung der Szene - zu einer Dramatisierung freilich, die, bestimmt ohne Absicht des Autors, vom Zuschauerraum ausging. Die Zentrale dieses Dramas im Lustspiel bildete Löblein. Der rechtschaffene Löblein fühlte sich nämlich gekränkt, weil ein neben ihm sitzender Zuschauer die lustig sein sollende erotische Selbstreklame des "Helden" auf der Bühne mit mehr als dem üblichen Lachen, sagen wir, mit wiehernder Zustimmung begleitete, von Zeit zu Zeit oder vielmehr von Pointe zu Pointe sich dabei kräftig auf die Knie schlagend, und, auf diese Weise im wahrsten Sinne des Wortes noch besondere Knall=Effekte hervorrufend. Löblein regte sich furchtbar über seinen Nachbarn auf. "Wie kommen Sie dazu", schrie er empört, "derart entsittlichende Vorgänge, wie sie da auf der Bühne geschehen, gutzuheissen?" Diese Worte waren noch verhältnismässig leise gesprochen, aber als Löblein sah, dass der nach seiner Meinung so unsittliche Nachbar ihn nicht einmal einer Antwort würdigte, da hielt es ihn nicht mehr, und im heiligen Zorn brach es, dem ganzen Zuschauerraum vernehmbar, laut aus ihm heraus: "Man sollte wahrhaftig diese ganzen skandalösen Vorgänge im Berliner Theaterleben polizeilich verbieten lassen. Wer solch eine Unmoral, wie sie auf der Bühne verkündet wird, duldet, der ist selbst ein Schwein!"

+

Das war den Theatergästen immerhin ein bisschen viel, und es fehlte bestimmt nicht viel, dass es zu einem regelrechten Tumult gekommen wäre. Zum Glück kam aber statt dieses Tumultes eine Pause - aber eigentlich nur zum Glück des weiteren ungestörten Verlaufes des Theaterabends und nicht zum Glück Löbleins und seines speziellen Gegners, an dem er noch immer seinen Zorn über die Unsittlichkeit auf der Bühne abzureagieren bemühte. Er reagierte ihn sehr einfach ab: wild gereizt dadurch, dass sein Gegner nur lachen, sich aber nicht in eine Diskussion einlassen wollte, boxte er ihn nach allen Heibeskräften, also weder wenig, noch ungefährlich, ja sogar mit ernstlichen Folgen. Fazit: nach wenigen Minuten hatte der Lacher durchaus nichts mehr zu lachen, sondern wurde auf die Sanitätswache transportiert, und unser Löblein musste den Weg aufs Polizeirevier antreten.

+

Das fast Belustigende an dem tragikomischen Berliner Abenteuer des Herrn Löblein war nun die in der Gerichtsverhandlung erhärtete Tatsache, dass sein Gegner ein im Grunde ebenso harmloser und friedlicher Bürger war wie er; einer der wohl im Theater die für einen primitiven Geschmack gefällig geformte "Unsittlichkeit" belacht, sich aber im Leben ganz gewiss nur zu höchst moralischen Prinzipien bekennt. So war der Geboxte klug genug, um über die psychologischen Hintergründe des Löblein'schen Frontalangriffs auf offener Bühne zu lächeln. Und schliesslich hatte ihn der unfreiwillige Witz, der aus dieser merkwürdigen Affäre strömte, so sehr ergriffen, dass er Martin Löblein am Schluss seiner Vernehmung versöhnt die Hand reichte. Der Rächer der nicht verlorenen Ehre kam deshalb milde und mit einer Geldstrafe davon. Aber er hat es sich heilig geschworen, nie mehr ins Theater zu gehen! -

-e-

+ + +

Kinderleichen in der Müllkiste. Beim Aufräumen im Keller eines Mietshauses in Lodz fand der Portier in einer alten Kiste, die mit Müll gefüllt war, eine Kinderleiche, die bereits in Verwesung übergegangen war. Beim weiteren Ausräumen der Kiste entdeckte man noch eine zweite Kindesleiche und als die Polizei gerufen wurde, fand diese auf dem Boden der Kiste noch den Schädel und die Knochenreste einer dritten. Die zuunterst aufgefundenen Leichen müssen dort zwei bis drei Jahre gelegen haben.

+ + +

Gewitter über Blumen. Die ganze Woche hindurch dauerten die Unwetterkatastrophen in den verschiedenen Teilen Niederlands an. So wurden die Provinzen Nordholland und Utrecht von einem schweren Hagelwetter betroffen, das namentlich in dem Gärtnerkulturgelände von Uithoorn=Aalsmeer grossen Schaden anrichtete. Hier, wo sich Tausende von Quadratmetern Treibhäuser erstrecken, und das klassische Land der niederländischen Treibhaus=Blumen= und Gemüsekultur ist, wurden mehr als 1000 Scheiben der Treibhäuser vernichtet. Bei Vleuten in der Provinz Utrecht kam es zu der gefürchteten Windhosenbildung, wobei 25 grosse Scheiben einer Treibhausfläche aufgenommen und 10 Meter weiter niedergeworfen wurden. Hier wurde auch die elektrische Lichtversorgung des Ortes durch umgestürzte grosse Bäume vernichtet. Die Windhose bewegte sich dann weiter in der Richtung Mijdrecht, wo ebenfalls die Kulturen der an der Amstel gelegenen Gärtnereien teilweise vernichtet wurden.

+ + +
Opfer des Dienstes. Im Berliner Staatskrankenhaus verstarb der 37jährige Polizeihauptwachmeister Paul Zänker an den Folgen des Bauchschusses, durch den er bei dem Ueberfall kommunistischer Wegelagerer in der Nacht zum Sonnabend in Berlin N. schwer verletzt worden war. Der Getötete, der erst kürzlich geheiratet hat, war seit langen Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Seine Mörder entkamen leider unerkannt.

+ + +
Ende Juli Nordpolstart. Nach den neusten Projekten soll das Luftschiff "Graf Zeppelin" etwa am 20. Juli in Leningrad eintreffen und nach kurzem Aufenthalt zum Nordpol weiter fliegen. Als Flugweg ist die Strecke Leningrad=Archangels=Sewernaja=Semlja=Franz Joseph=Archipel - Arktis vorgesehen und als Rückweg die Strecke über Nowaja-Semlja direkt nach Berlin. Die Gesamtleitung des Fluges hat Dr. Eckener, die wissenschaftliche Professor Samojlowitsch. Ferner werden noch weitere fünfzehn Wissenschaftler mitfliegen.

Die Stelle, an der das Luftschiff "Graf Zeppelin" das U=Boot "Nautilus", dessen Starbereitschaft soeben von Sir Hubert Wilkins in New York angeordnet worden ist, treffen wird, kann noch nicht genau bestimmt werden. Diese Ortsbestimmung sowie überhaupt der Erfolg der Expedition ist nicht zuletzt von rein meteorologischen Verhältnissen abhängig. Sollte das Luftschiff "Graf Zeppelin" dauernd im Nebel fliegen, so würden photographische Aufnahmen unmöglich sein. Das würde die Aufgabe der Expedition, aerofotogrammetrische Aufnahmen anzufertigen, aerologische Beobachtungen anzustellen und geographische Feststellung im Polarbecken zu treffen, bedeutend, ja sogar bis zur Unerfüllbarkeit erschweren.

+ + +
Der neue Goethe=Preis. Anlässlich der Gedächtnisfahrt der Weimarer Goethe=Gesellschaft nach Frankfurt beschloss das Kuratorium des Frankfurter Goethe=Preises, den diesjährigen Goethe=Preis zu Ehren des Gedächtnisses der Mutter Goethe der Dichterin Ricarda Huch zu verleihen. Die früheren Preisträger waren George, Schweitzer, Ziegler und Freud; Ricarda Huch ist somit die erste weibliche Preisträgerin. Das bedeutende lyrische, epische, biographische und essayistische Werk der heute 66jährigen Dichterin ist der grossen Ehrung würdig.

+ + +
Ullstein=Friede. Der Konflikt im Hause Ullstein, dessen von Georg Bernhard herbeigeführtes gerichtliches Zwischenspiel bereits vor längerer Zeit mit einer vollständigen Rehabilitierung Dr. Franz Ullstein endete, ist nunmehr beigelegt. Die aus dem Verlag gedrängten Dr. Franz Ullstein und Hermann Ullstein werden wieder im Hause mitarbeiten. Dr. Franz Ullstein wird neben Louis Ullstein den Vorsitz im Aufsichtsrat innehaben.

+ + +
Felix Holländer. Nach längerem Krankenlager verstarb in Berlin der bekannte Theaterkritiker und Romanschriftsteller Felix Holländer.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Kommunistischer Zeitvertreib.

SPD. Den Kommunisten geht es wirklich gut. Sie haben im Augenblick - kurz vor dem Beginn des Parteitages der Sozialdemokratie keine anderen Sorgen, als die Öffentlichkeit mit einem "Arbeitsbeschaffungsplan" zu überraschen. Arbeitsbeschaffung ist eine ernste Sache. Für die Kommunisten ist sie gerade gut genug, um sich damit die Zeit zu vertreiben; denn einen anderen "weck kann ihre Parole zur Beschaffung von Arbeit und Brot unmöglich haben. Oder sind die Thälmannen wirklich so naiv, sich einzubilden, dass ihr Arbeitsbeschaffungs=schmus auch nur auf einen sozialdemokratischen Arbeiter irgendwelchen Eindruck machen könnte? Die sozialdemokratischen Arbeiter sind keine Idioten. Nur ein Idiot kann das Arbeitsbeschaffungsgerede der kommunistischen Blätter ernst nehmen.

Worin besteht der "Arbeitsbeschaffungsplan der KPD?" Aus einem Sammelsu=rium aller möglichen im Laufe der letzten Monate aufgetauchten Vorschläge zur Eindämmung der Krise auf dem Arbeitsamt. Richtiges und Falsches, Mögliches und Unmögliches wird in diesem Arbeitsbeschaffungsplan kritiklos zusammengetragen und selbstverständlich gepfeffert formuliert. Da erscheint z.B. die 40=Stundenwoche - natürlich mit Lohnausgleich, obwohl soeben erst wieder festge=stellt werden musste, dass in kommunistischen Betrieben von einer Arbeitszeit=verkürzung mit Lohnausgleich keine Rede ist, und dass jeder, der dort so etwas fordert, brutal hinausgeekelt wird. Weiter findet man in dem Arbeitsbeschaffungsplan der KPD u.a. folgende schöne Forderungen: Wiederherstellung der durch die Lohnabbau massnahmen des Unternehmertums gekürzten Löhne, Untersagung von Still=legungen, Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter unter Kontrolle von Er=werbslosen, Herabsetzung der Altersgrenze in der Sozialversicherung auf 60 Jah=re, Erweiterung des Wohnungsbauprogramms um 300 000 Wohnungen pro Jahr, Ausbau des Strassennetzes, Eindeichungs= und Kanalisierungsarbeiten, Bau von Talsperren, Meliorationen usw. usw.

Die Finanzierung dieser Arbeitsbeschaffung ist für die Herren von der KPD eine grässlich einfache Sache. Sie fordern tapfer: Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke und für die militarisierte Polizei, Kürzung der Gehäl=ter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten in öffentlichen Stellen, Streichung aller Zuschüsse an die Kirchen, Erhebung einer Millionärsteuer in Höhe von 10 Prozent sowie einer Sondersteuer auf die grossen Einkommen von über 50 000 Mark, ebenfalls in Höhe von 10 %, Aufhebung des Bankgeheimnisses usw. usw.

Eine gehörige Portion Stumpfsinn gehört dazu, jetzt mit solchen Spiele=reien dem organisierten Arbeiter zu kommen. Der Arbeiter lebt doch nicht auf dem Mond. Er weiss doch wirklich am allerbesten, dass die Wirtschaftskrise nicht nur die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt, sondern indirekt auch das Wachstum des Faschismus und aller sozialreaktionären Strömungen beschleunigt hat. Er weiss, dass im Reichstag die Sozialdemokratie niemals die Mehrheit hatte und heute dank dem Fortschritt der faschistischen und kommunistischen poli=tischen Verblödung in einer noch viel schwierigeren Lage ist. - In einem Augen=blick, wo Sozialdemokratie und Gewerkschaften unermüdlich und unter den schwie=rigsten Kampfbedingungen das Terrain des Arbeitslosenschutzes und der Sozial=versicherung mit Zähnen und Nägeln und mit dem Aufgebot aller Kraft verteidigen, um wenigstens grössere Einbrüche in die Arbeiterfront zu verhindern, da kommen die KPD=Helden und tun so, als ob sie imstande wären, die Not zu wenden. Aus=

gerechnet vor dem Parteitag der Sozialdemokratie setzen diese Helden plötzlich eine "reformistische" Miene auf. Keine Revolutions-, ein sogenanntes Notprogramm soll die Arbeiter ködern. Wir wollen keine Unglückspropheten sein, aber wenn die Kommunisten wie bisher mit den ewigen Stechereien und Schiesereien dem Faschismus für Zulauf sorgen, dann wird die KPD bald mit noch viel "reformistischeren" Notprogrammen herausrücken müssen, weil bis dahin der Aktionsradius der Arbeiterschaft enger und ihre Aktionskraft schwächer geworden ist. Um auch nur einen Bruchteil des Notprogramms der KPD zu verwirklichen - wohlgemerkt zu verwirklichen und nicht nur irgendwo zu beschliessen, müsste die Arbeiterschaft in geschlossener Front dastehen und über viel stärkere Machtmittel verfügen, als sie vor der Schwächung durch die Krise gehabt hat. Dass diese starke Frontstellung, dass diese Machtmittel fehlen, daran trägt einzig und allein der kommunistische Radikalismus Schuld. Die Stellung der deutschen Arbeiterklasse könnte tausendmal besser sein, als sie ist, wenn nicht das deutsche Unternehmergeid der Hitlerei und der Moskauer Rubel der Thälmannerei immer wieder auf die Beine helfen würde. Der deutsche Arbeiter wäre längst zu einem geschlosseneren und einmütigeren Handeln gekommen, wenn nicht seit Jahren künstlich vom Faschismus wie vom Bolschewismus die Gewerkschaftsfront unterminiert würde. Dass diese Front trotzdem und auch jetzt, wo die Mineure infolge der Krise besonders leicht zu arbeiten haben, standgehalten hat, ist eines der grössten Wunder unserer Zeit.

In alten Prophezeiungen hat es geheissen, die Leute, die die Zeit des Weltkriegs und vor allem die ihm folgenden Elendsjahre überlebten, müssten eiserne Köpfe haben. Der freiorganisierte deutsche Arbeiter, der in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie seine wirtschaftliche und politische Kampfbewegung sieht, hat diesen eisernen Kopf.

SPD. In der Betriebsvertretungswahl bei der Deutschen Reichspost, die am 16., 17. und 18. Mai stattfand, wurden, wie der Gesamtverband mitteilt, von 101 090 Wahlberechtigten für den Zentralbetriebsrat beim Reichspostministerium insgesamt 79 793 Stimmen abgegeben. Von den gültigen Stimmen erhielten der Gesamtverband, Reichsabteilung E Post und Telegraphie 40 528, die Christen 24 658, die Helferinnen 6 275, und die Rv. Gew. Opp. 6 041 Stimmen.

Die freigewerkschaftliche Mehrheit ist mit diesem Ergebnis nach wie vor gesichert.

SPD. In Schweden hat nach den Mitteilungen der Behörden die Arbeitslosenziffer im vergangenen Monat eine bedenkliche Zunahme erfahren. Während der April sonst stets eine kräftige Entlastung des Arbeitsmarktes brachte, besicherte er diesmal eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer, sodass in Schweden zur Zeit auf 100 freie Stellen im Durchschnitt 194 Bewerber kommen. Die Zahl der gemeldeten Stellungsuchenden betrug im April d. J. 41 900 gegen 13 575 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Sintflut der Weltarbeitslosigkeit bedroht also auch die bisher von ihr noch nicht heimgesuchten Inseln. Der schwedische Produktionsrückgang und die damit verbundene Arbeitslosigkeit wird in erster Linie auf die allgemeine Weltdepression und dann vor allem auf die russische Dumping-Konkurrenz in Holz und Erz, den beiden grössten Aktivausfuhrposten Schwedens, sowie auf deutsche und tschechische Konkurrenz in Porzellan-, Steingut- und Textilwaren zurückgeführt. Im Verhältnis zu Deutschland ist die schwedische Arbeitslosenziffer natürlich noch sehr günstig.

SPD. In Baden wird an den Hochschulen und Universitäten für den Freiwilligen Arbeitsdienst besonders stark Propaganda gemacht. Die Propagandisten fordern die Bildung freiwilliger "Arbeitskolonien", die zu ungefähr gleichen Teilen aus Studenten, jugendlichen Erwerbslosen und Jungbauern bestehen und zunächst Entwässerungsarbeiten in badischen Gemeinden durchführen sollen. Für die Finanzierung wird vorgeschlagen: Verpflegung und Unterkunft in der jeweiligen Gemeinde mit Unterstützung der Reichswehr, Zuschüsse aus den verschiedensten Institutionen wie Reichsanstalt, Kultusministerium, Reichsbahn usw. vor allem auch aus studentischen Geldern durch Erhöhung des Kopfbeitrags.

Von der sozialistischen Studentenschaft in Heidelberg werden diese Pläne abgelehnt. Sie ist der Auffassung, dass die Durchführung von Arbeiten mit einem volkswirtschaftlichen Zweck praktisch - wenn auch vielleicht nicht unmittelbar - eine Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen bedeute. Der Freiwillige Arbeitsdienst führe zwangsläufig zu einer allgemeinen Arbeitspflicht, d.h. zur Bildung einer für die Unternehmer risikolosen industriellen Arbeitsarmee. Auf entschiedenste müsse eine Finanzierung des Arbeitsdienstes aus Mitteln der Reichsanstalt in einem Augenblick abgelehnt werden, wo die Erwerbslosenunterstützung von neuem aus Mangel an Mitteln verschlechtert werde.

SPD. In Stettin fand dieser Tage in Verbindung einer durch Pommern gehenden Studienreise von Vertretern des Internationalen Arbeitsamtes und des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts eine Besprechung statt, in der die Frage der Abwanderung erörtert wurde, weil gerade in Pommern ein sehr starker Wanderverlust eingetreten ist. In der Zeit von 1900 bis 1905 betrug der Wanderverlust in Pommern 62 000 Personen, 1905 bis 1910 74 000. 1910 bis 1919 trat ein Wandergewinn in Höhe von 59 000 Personen ein. In der Zeit von 1919 bis 1925 betrug der Wanderverlust 22 600 und vom 1. Januar 1928 bis 30. Juni 1930 15 800 Personen.

Der Direktor der pommerschen Landwirtschaftskammer Dr. Birschel bezeichnete die Rentabilität der Landwirtschaft als das Hauptmittel zur Eindämmung der Abwanderung vom Land. Wenn das richtig wäre, dann hätte es in der Vorkriegszeit, wo nach der Darstellung der landwirtschaftlichen Unternehmer ihre Betriebe leidlich rentabel waren, so gut wie keine Abwanderung geben dürfen. Die genannten Zahlen zeigen jedoch, dass das keineswegs der Fall war. Im Gegenteil: in der Vorkriegszeit war die Abwanderung noch stärker als heute.

Niedrigkeit der Löhne, Verpflichtung der verheirateten Frau zur Mitarbeit, Hofgängerwesen, unwürdige Behandlung der Arbeitskräfte, erbärmliche Wohnungen, kurzum der soziale Tiefstand des Landerbeiterproletariats und die besseren Verdienstmöglichkeiten in der Stadt während der Vorkriegszeit und in dem ersten Jahrzehnt der Nachkriegszeit - das sind die Gründe für die Abwanderung. Die Spatzen pfeifen das von den Dächern, aber mit sozialen Erkenntnissen geht es wie in der Legende vom reichen Prasser: Sie glauben nicht, und wenn einer von den Toten auferstünde.

SPD. Die sozialistischen und christlichen Textilarbeitergewerkschaften Nordfrankreichs haben in besonderen Generalversammlungen für die Fortsetzung des Streiks gestimmt. Die Christen fordern in einer besonderen Entschliessung, dass die Abschaffung der Anwesenheitsprämie von einer Senkung der Kosten für die Lebenshaltung abhängig gemacht werde. Sie haben die Regierung um eine Vermittlungsaktion gebeten.



Wucherzölle stehlen Brot und Arbeit.

(Von Hans Jörg, Brandenburg a.d.H.)

SPD. Die neuen Schielezölle haben mit Recht unter den breitesten Volksmassen einen Sturm der Empörung ausgelöst. Es ist keine Kleinigkeit, wenn inmitten dieser Rekordarbeitslosigkeit, des Lohnabbaues und der sinkenden Kaufkraft "der Pfennig wieder zu Ehren kommen soll" - und zwar mit Hilfe der Brotverteuerung. Noch niemals ist in der deutschen Wirtschaftsgeschichte der Minderheit eines Wirtschaftszweiges zuliebe eine derartige Lebensmittelverteuerungs- und Subventionspolitik getrieben worden. Es gibt keinen Wirtschaftszweig, dessen Gesamtertrag auf 14 Milliarden Mark veranschlagt wird und dessen Mehreinnahmen durch Zollsubventionen mit den Zollerträgen des Reiches zusammen gut ein Viertel des Gesamtertrages überhaupt ausmachen. Damit konserviert man nur die rückständige Agrarproduktion, ohne sie jedoch lebensfähig zu gestalten. Damit belastet man die Futtermittel verbrauchende Viehzucht zugunsten des Grossgetreidehauses, ohne der deutschen Landwirtschaft wirklich zu helfen. Die Folge dieser Zollsubventionspolitik zugunsten der agrarischen Grossbetriebe ist die Überbelastung und Preisübersteigerung der Körnerfrüchte um mehr als das Doppelte gegenüber den Weltmärkten und eine enorme Verteuerung der hochwertigen Nahrungsprodukte der einheimischen Landwirtschaft. So wirkt sich der agrarische Hochschutzzoll zu einer Verteuerung der Lebenshaltung des Proletariats aus, damit aber zu einem geringeren Verbrauch und so zu einer weiteren Einengung des agrarischen Inlandmarktes. So weit die eine Seite der unsinnigen Hochschutzzollpolitik im Interesse der ostelbischen Grossgrundbesitzer.

Aber diese Politik der Zollsubventionen hat noch eine andere Seite, die leider nicht nur von der Landwirtschaft, sondern auch in industriellen Kreisen vielfach übersehen wird: auch für die Handels- und Zollkriege gilt die Erfahrung aller Kriege, nämlich, dass auch die andere Seite zu schießen versteht und dass es auf beiden Seiten Verluste gibt. Und vielleicht gilt für Handelskonflikte noch stärker als für militärische die Erfahrung des Weltkrieges: dass auch der Sieger seines Sieges nicht froh wird.

So hat die Ueberspitzung der Hochschutzzollpolitik in Deutschland und einzelner anderer Industriestaaten des europäischen Festlandes die Zolloffensive der Konservativen im Lande des Freihandels - in England - in bedenklichem Masse begünstigt. Und es ist nur der englischen Arbeiterpartei in Verbindung mit den Liberalen zu danken, wenn heute England nach 80 Jahren Freihandel noch nicht zum Schutzzoll zurückgekehrt ist. Die Gefahr ist allerdings noch nicht vorüber. Angesichts der Krise und Massenarbeitslosigkeit haben leider auch in England die Hochschutzzöllner stärkere Resonanz bei den Wählermassen gefunden. Was aber ein Verlust des englischen Marktes für die deutsche Industrie bedeuten würde, ist kaum abzusehen, denn die deutsche Industrie exportiert jährlich nach England mehr als 1 Milliarde Mark Industrieprodukte. Ein Verlust dieses Absatzgebietes aber wäre gleichbedeutend mit dem Arbeitsverlust für hunderttausende Arbeiter. Hunderttausende hätten keinen Broterwerb mehr. Und so würde auch die Landwirtschaft durch die sinkende Inlandskaufkraft wieder mit die Kosten einer solchen Auswirkung der deutschen Hochschutzzollpolitik zu tragen haben.

Doch es ist nicht notwendig, dieses Gespenst des Exportverlustes durch

die deutschen Agrarschutzzölle an die Wand zu malen. Die deutsche Fertigungsindustrie bezahlt heute bereits die Schielezölle mit dem Verlust ihrer Absatzgebiete in den Nord-Ostseestaaten. Doch auch auf dem Balkan zeigen sich bereits die Folgen des grünen Zollwuchers für die deutsche Exportindustrie. So haben die neuen Schielezölle und vor allem der handelsvertragslose Zustand mit Rumänien die Ausfuhr der deutschen Fertigungsindustrie nach dort erheblich gedrosselt. Man braucht nur einmal die Berichte der deutschen Industrie und Handelsvertreter in Rumänien zu studieren, um ein Bild von der katastrophalen Auswirkung der deutschen Hochschutzzölle zu erhalten. So heisst es in einem Marktbericht eines dortigen Auslandsvertreters führender deutscher Holzwarenfabriken wörtlich:

"Wir bitten Sie, in Betracht zu ziehen, dass wir schon mehrere Kinderwagenfabriken in Rumänien haben und ausserdem von der grossen Waggonfabrik Union A.G. in Satu-Mare eine Kinderwagenfabrik eröffnet worden ist. Das letztere grosse Unternehmen hat sich Werkmeister aus Zeitz kommen lassen, um Kinderwagen und Klappwagen nach deutschem System zu erzeugen. Ich konnte deshalb trotz eifrigster Bemühungen zu keinem Geschäft kommen, da sich der Einkauf bei den rumänischen Fabriken viel vorteilhafter stellte, weil erstens die Ware rascher greifbar und zweitens der riesig hohe Zoll ganz fortfällt, was eine sehr grosse Rolle spielt... Es handelt sich bei Satu-Mare um ein für Rumänien ausserordentlich bedeutendes Unternehmen das nicht nur für Lieferungen im Inland in Frage kommt, sondern auch auf Export eingestellt ist. Viele Kunden sind deshalb nicht zur Messe nach Leipzig gefahren, weil sie in Rumänien billiger kaufen konnten, so dass die angesagten Messbesuche in Leipzig ausblieben!"

Hier gibt ein Auslandsvertreter der deutschen Exportindustrie den deutschen Schutzzöllnern eine kleine Lektion, wohin die Zollerhöhung für Mais usw. geführt hat, nämlich zu Hochschutzzöllen des Auslandes gegen die deutsche Exportindustrie. Da mag die Reichsregierung noch so sehr den Betrag zur Unterstützung für die Leipziger Messe erhöhen; ein einziger erfolgreicher Vorstoss der grünen Front macht das alles wieder zunichte. Die Schielezölle sind also tatsächlich industriefördernd, - allerdings nur im Ausland. Neue Fabriken entstehen in den bisherigen Exportdomänen der deutschen Fertigungsindustrie. Neue Fabriken im Ausland mit deutschen Qualitätsarbeitern. So fördert die deutsche Hochschutzzöllnerei den Export, den Export von deutschen Facharbeitern. Lieferte früher Deutschland der Welt militärische Instrukteure, so heute industrielle, die es im Ueberfluss hat und deren Zahl durch die Zollpolitik auf den Stempelstellen weiter wächst.

So schafft der Hochschutzzoll der grünen Front in diesen früheren Absatzmärkten der deutschen Exportindustrie nationale Industrien mit deutschen Werkmeistern und Ingenieuren, während in Deutschland die Arbeitslosenziffern nicht sinken wollen, deren Folgen auch die Landwirtschaft durch die weiter sinkende Kaufkraft zu tragen haben.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung beschäftigt sich in seinem jüngsten Bericht mit dem für unsere wirtschaftliche Entwicklung äusserst wichtigen Verlauf der Rohstoffeinfuhr und der Fertigwarenausfuhr. Im grossen und ganzen kommt das Institut zu weniger pessimistischen Ergebnissen als in den Wintermonaten.

Es lässt sich feststellen, dass die Einfuhr von Rohstoffen der Verbrauchs-güterindustrien, also die Einfuhr von Baumwolle, Wolle, Leder usw., ihren Rückgang abgeschlossen hat. Von einer allgemeinen Aufwärtsbewegung, die z.B. für die Wolleinfuhr zeitweise festzustellen war, könne jedoch keine Rede sein. Bei der Einfuhr von Rohstoffen für die Produktionsgüterindustrien (Erze, Metall usw.) scheint dagegen der konjunkturelle Rückgang noch anzuhalten.

Die Fertigwarenausfuhr, die sich bis in die zweite Hälfte des Jahres 1930 auf verhältnismässig hohem Stand behauptet hatte; ist um die Jahreswende 1930/1931 wesentlich stärker als saisonüblich gesunken. In den letzten Monaten hat sich dieser Rückgang - Saisonschwankungen bleiben ausser Betracht - jedoch nicht mehr fortgesetzt. Von Januar bis März ist die Ausfuhr mehr gestiegen als saisonmässig zu erwarten war. Von März auf April sank die deutsche Fertigwarenausfuhr zwar, aber dieser Rückgang war geringer als in den früheren Jahren. Trotz dieser verhältnismässig günstigen Entwicklung konnte die Fertigwarenausfuhr den Stand von Ende 1930 nicht wieder erreichen. Das gelte auch, wenn man berücksichtigt, dass die Ausfuhr in den ersten Monaten des Jahres saisonmässig hinter dem Umfang der Ausfuhr gegen Jahresende zurückzubleiben pflegt.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium hat das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat bis zum 31. August 1931 zwangsverlängert. Wenn bis zum 1. Juli 1931 keine Verständigung unter den Zechenbesitzern über die Umlage erzielt werden kann, wird die Umlagefrage vom Reichswirtschaftsministerium geregelt.

Damit ist fürs erste das Auseinanderfallen des Ruhrkohlensyndikats und damit der Kampf aller gegen alle im Ruhrbergbau, der vor allem nicht im Interess der Ruhrbergarbeiterschaft liegt, vermieden. Der Ruhrbergbau hat etwa 12 Millionen Tonnen Kohle bzw. Koks auf Lager. Das entspricht beinahe einer Zweimonatsförderung. Würde es zu einem hemmungslosen Konkurrenzkampf kommen, so müsste dieser zu grossen Kapitalvernichtungen führen; er würde Zehntausende Bergarbeiter arbeitslos machen und schliesslich damit enden, dass die ganz grossen Werke Sieger bleiben.

Diesesmal waren mächtige Konzerne, so der Klöcknerkonzern, die Firma Krupp und die Gutehoffnungshütte, gegen die Erneuerung des Syndikats. Auch diesesmal drehte sich der Streit um die sogenannte Umlage. Schliesslich ist dieser Streit ein Kampf der grossen Montankonzerne, die Bergbau betreiben und zugleich Eisen produzieren, gegen die sogenannten reinen Zechen, die sich nur auf die Kohlenförderung beschränken. Es geht darum, dass sich die grossen Montankonzerne von der Umlage befreien möchten. Um die tiefen Gegensätze zu erkennen, muss man sich über dem Begriff Umlage klar werden.

Die Ruhrkohle liegt im Konkurrenzkampf gegen ausländische Kohle, besonders gegen die englische Kohle in den Küstengebieten, Aber die sogenannten bestrittenen Gebiete gehen weit bis nach Berlin, Magdeburg und selbst den Rhein herunter. Der Konkurrenzkampf in den bestrittenen Gebieten wird geführt, indem man sich gegenseitig in den Preisen unterbietet. Die Kohle wird weit unter den Preisen verkauft, die sonst erzielt werden. Durch diesen Konkurrenzkampf entstehen selbstverständlich grosse Verluste. Die Kosten werden dadurch aufgebracht, dass das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine Abgabe pro Tonne geförderte Kohle erhebt. Das ist die Umlage. Durch die Umlage werden also die Kriegskosten für den Konkurrenzkampf gegen die englische Kohle aufgebracht. Nun liegen die Dinge so, dass die grossen Montankonzerne geringeres Interesse am Kohlenabsatz in den bestrittenen Gebieten haben. Sie erklären, dieser Absatz käme den reinen Zechen zugute. Sie selbst aber hätten die Lasten für die reinen Zechen zu tragen, indem sie eine Umlage für diejenige Kohle zahlen müssten, die sie in ihrer Eisenproduktion verbrauchen. Die Montankonzerne wollen also für den Teil ihrer Kohlenförderung, den sie selbst verbrauchen, von der Umlage befreit werden, bzw. eine geringere Umlage zahlen. Dabei handelt es sich um riesige Summen, wodurch sich die Heftigkeit des Streites erklärt.

Das Reichswirtschaftsministerium hat diesem Streit ein Ende gemacht, indem es das Syndikat abermals - und zwar zum sechsten Male - zwangsverlängert. In der Zwischenzeit haben die Zechenbesitzer Gelegenheit, eine Verständigung zu suchen. Vielleicht könnten die kommenden Verhandlungen noch Ueberraschungen bringen. So ist ein Plan der Eisenindustriellen bekannt geworden, die Umlage-

mit der Frage der Eisenpreissenkung zu verbinden. Die Eisenindustriellen sollen sich bereit erklärt haben, den Eisenpreis zu senken, aber nur unter der Bedingung, wenn man sie von der Umlage befreit. Würde die Regierung darauf eingehen, so käme dabei eine Freissenkung für Stabeisen von etwa 5 Mark pro Tonne heraus, was angesichts der Tatsache, dass der Stabeisenpreis in Deutschland doppelt so hoch liegt als der Preis, der für dasselbe Stabeisen im Auslande gezahlt wird, so gut wie garnichts bedeutet. Eine Preissenkung ginge zu Lasten des Ruhrbergbaus und vor allem der Ruhrbergarbeiterschaft. Würde man die Montankonzerne für den Teil ihrer Kohlenförderung, den sie selbst verbrauchen, von der Umlage befreien, so müssten die reinen Zechen mehr an Umlage zahlen. Eine solche Regelung müsste die Umlage bis weiter über 4 Mark pro Tonne verdoppeln. Die Belastung wäre zu schwer. Die reinen Zechen würden sich aus den bestrittenen Gebieten zurückziehen und den Konkurrenzkampf gegen die englische Kohle aufgeben. Wir waren immer der Auffassung, dass dieser selbstmörderische Konkurrenzkampf gegen die englische Kohle nicht ewig geführt werden kann. Er kann aber nur auf der Grundlage einer Verständigung mit den Engländern aus der Welt geschafft werden und muss so beendet werden, dass die Ruhrbergarbeiterschaft nicht darunter leidet. Gibt man aber unter den gegenwärtigen Umständen die Konkurrenz gegen die englische Kohle auf, nur um den grossen Montankonzernen entgegenzukommen, dann wird man weniger Kohle absetzen. Das bedeutet für die Ruhrbergarbeiterschaft eine Steigerung der Arbeitslosigkeit. Eine solche Regelung ist unannehmbar; ausserdem kennzeichnet der Vorschlag so recht den Patriotismus der Eisenherren an der Ruhr.

SPD. Noch vor einigen Tagen hat der Reichs ernährungsminister Schiele seine Weigerung, die Getreidezölle zu ermässigen, damit begründet, dass die Brotpreissteigerung durch Freissenkung bei anderen Lebensmitteln ausgeglichen werde und die agrarische Presse hat durch komplizierte Berechnungen nachzuweisen versucht, dass die Brotpreissteigerung gegenüber der Preisermässigung bei anderen Artikeln garnichts ausmache. Man verwies dabei auf den Preisrückgang für Fleisch, Milch, Butter und Eier, hat dabei aber zu bemerken vergessen, dass dieser Preisrückgang zum Teil nur durch jahreszeitliche Verhältnisse bedingt ist und erfahrungsgemäss nicht lange vorhält. Dass dieser Preisrückgang auch nicht zum Ausgleich der Brotpreissteigerung ausreicht, stellt jetzt das Reichstatistische Amt fest: der Teuerungsindex ist, nachdem er über den Winter und im Frühjahr gesunken ist, jetzt zum ersten Mal wieder gestiegen. Die Steigerung ist allerdings nur geringfügig. Sie beruht aber charakteristischer Weise darauf, dass sich der Ernährungsindex gesteigert hat; während die anderen Indexzahlen unverändert geblieben, bzw. zurückgingen. Das Reichstatistische Amt teilt über die Entwicklung des Reichsindex folgendes mit:

"Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) hat nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes in dem Durchschnitt des Monats Mai mit 137,3 gegenüber 137,2 im Vormonat leicht angezogen. Die Indexziffer für Ernährung ist um 0,5 v.H. auf 129,9 gestiegen; die Indexziffer für Wohnung ist mit 131,6 unverändert geblieben. Zurückgegangen sind die Ziffern für Heizung und Beleuchtung um 2,3 v.H. auf 145,8, für Bekleidung um 0,8 v.H. auf 140,4, für sonstigen Bedarf um 0,1 v.H. auf 184,9. In der Gruppe Ernährung wurden Preissteigerungen für Kartoffeln und Gemüse sowie für Brot und Mehl durch Preisrückgänge für Fleisch und Fleischwaren, Milch und Butter sowie Eier nur zum Teil ausgeglichen. In der Indexziffer für Heizung und Beleuchtung haben sich die Sommerabatte für Heizstoffe weiter ausgewirkt."

Wir haben früher hingewiesen, dass sich der Ernährungsindex in den Vormonaten immer langsamer verringert hat. Die Kräfte, die auf eine Verringerung des Index hinielen, scheinen sich totgelaufen zu haben. Der Index steigt. Damit

Damit steht die Reichsregierung vor einer Situation, die das Ende der Preissenkungsaktion sein wird, wenn die Regierung die Zügel weiter schleifen lässt. Angesichts der kritischen Lage erscheint uns die Senkung der Getreidezölle unbedingt geboten, schon aus dem Grunde, weil die Steigerung des Index durch die Steigerung der Brotpreise bedingt ist.

SPD. Die beherrschende Kunstseidengruppe in Deutschland, die Elberfelder Glanzstoff-Fabriken, werden für das Jahr 1930 dividendelos bleiben. Die Elberfelder Glanzstoff-Fabriken haben bereits in der vorjährigen Bilanz eine Sanierung durch Abschreibungen in Höhe von 66 Millionen Mark durchgeführt. Die Abschreibungen waren notwendig durch die Überausdehnung, die der Konzern in guten Konjunkturjahren durchgeführt bzw. eingeleitet hatte. Für das Jahr 1930 ergab sich die Notwendigkeit, abermals 9,6 Millionen Mark abzuschreiben. Den Abschreibungen steht jedoch nur ein Reingewinn von 6,9 Millionen Mark gegenüber. Demnach verbleibt ein Verlust von über 2,5 Millionen Mark. Die bis jetzt vorgelegten Zahlen geben nur einen geringen Einblick in die wirklichen Verhältnisse, sodass es noch vollständig unklar ist, ob die Bereinigung bei den Elberfelder Glanzstoff-Fabriken vollen Erfolg gehabt hat.

Verhältnismässig besser abgeschnitten scheint die mit den Elberfelder Glanzstoff-Fabriken verbundene Aku (Algemeene Kunstzijde Unie N.V.) zu haben. Allerdings hat sich der Jahresgewinn von 10,2 Millionen holländischen Gulden im vorigen Jahre auf 2,9 Millionen Gulden gesenkt. Die Abschreibungen machen 5,5 Millionen Gulden aus, wofür allerdings ein Vortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 6,9 Millionen Gulden zur Verfügung steht.

SPD. Die in der verfloßenen Woche geführten Verhandlungen über eine Brotpreissenkung haben am Sonnabend zu einer Verständigung mit den Mühlen und mit dem Handel geführt. In Frage kommen besonders die mitteldeutschen Gebiete mit Magdeburg, Halle, Erfurt und den angrenzenden Industriebezirken, die rheinisch-westfälischen Gebiete und das Gebiet von Frankfurt/Main. Nach den Abmachungen verpflichtet sich die Regierung, den Mühlen Stützungsroggen zur Verfügung zu stellen. Mühlen und Handel gehen dafür die Verpflichtung ein, den Roggenmehlpreis frei Bäckerhaus im Durchschnitt wieder auf den Stand vor der Mehlerhöhung, also auf den Winterstand, zu senken. Das ist gerade für die mitteldeutschen Bezirke sehr wichtig, wo sich der Roggenpreis in den letzten Monaten sehr steigerte, was entsprechende Auswirkungen auf den Roggenmehlpreis hatte. Der niedrigere Mehlpreis wird u.a. dadurch ermöglicht, dass die Mühlen schätzungsweise auf 20 Prozent der Gewinnspannen verzichten.

Die weiteren Verhandlungen zielen darauf ab, die Brotpreise den gesenkten Mehlpreisen anzupassen. In Köln ist bereits eine Brotpreissenkung auf 47 Pfennige durchgeführt, womit der Kölner Brotpreis unter dem Durchschnitt der sechs Wintermonate 1930/31 liegt. Auch in Düsseldorf haben die Brothersteller bereits am Sonnabend in eine Preissenkung eingewilligt, wodurch der Brotpreis im Durchschnitt unter Winterstand zu liegen kommt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Berliner Grosshandelsnotierungen vom 30. Mai: Gelbfleischige Speisekartoffeln 3,90 - 4,20, weiße Kartoffeln 1,85 - 2,05, rote 2,25 - 2,50, blaue 2,70 bis 2,95 RM für 50 kg. Die Preise gelten für Berlin bahnsteigende Ware bei Abschlüssen von mindestens einer Waggonladung.

Geringe Umsätze.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Mai)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Sonnabend wieder sehr ruhigen Verkehr. Soweit am Markte der Zeitgeschäfte Umsätze zustande kamen, blieben die Notierungen unverändert. Die letzten Kontrakte zur Mailieferung haben ihre glatte Erledigung gefunden. Von Montag ab sollen Septemberlieferungen notiert werden. Auch im Handel mit effektiver Ware blieben die Umsätze sehr gering. Das Angebot an Weizen blieb weiter spärlich, reichte jedoch für den geringfügigen Bedarf aus. Roggen stand in Kahnware etwas reichlicher zur Verfügung, ohne dass die Mühlen grössere Kauflust zeigten. Trotzdem konnte die dem Markt zugeführte Ware in beiden Brotgetreidearten zu unveränderten Preisen Aufnahme finden. Das Mehlgeschäft hielt sich weiter in allerengsten Grenzen; nur der dringendste Tagesbedarf wurde gedeckt. Auch für Hafer zeigte sich nur geringes Kaufinteresse.

	29. Mai	30. Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	272 - 274	272 - 274
Roggen	200 - 202	198 - 200
Futter- und Industrieroggen	227 - 240	220 - 236
Hafer	189 - 193	187 - 191
Weizenmehl	33,00 - 38,25	33,00 - 38,25
Roggenmehl	26,50 - 28,25	26,50 - 28,25
Weizenkleie	14,75 - 15,00	14,75 - 15,00
Roggenkleie	14,25 - 14,50	14,00 - 14,40.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 281 (Vortag 281½), Juli 286 (286½), September 242 und Brief (242). Roggen Mai 216-216 Brief (216), Juli 195½ (196), September 187 und Brief (186¼). Hafer Mai 197½, Juli 200 und Brief (200½), September 171¼ (170½).

SPD. Die dem Karstadtkonzern nahestehende Epa-Einheitspreis A.G. in Berlin zahlt für das verflossene Jahr eine Dividende von 12 Prozent. Die Zahl der Filialen hat sich um zehn auf 50 erhöht. Der Bruttogewinn verdoppelte sich auf über 20 Millionen Mark. Für den Reingewinn liegt eine Steigerung von 0,56 Millionen auf 1,4 Millionen Mark vor.

In der Ertragsrechnung fällt die Höhe des Steuerkontos mit 1,61 Millionen Mark auf, während im Vorjahr nur 580 000 Mark an Steuern aufgebracht werden mussten. Zur Erklärung wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Steigerung der Steuer in der Hauptsache um die Sonderumsatzsteuer für die Grossbetriebe handelt. Diese Sondersteuer, die ja auch die Konsumgenossenschaften trifft, ist von den Rechtsparteien unter Führung der Wirtschaftspartei durchgesetzt worden. Sie trifft, wie das Beispiel bei der Epa, wo doch sicherlich der kleine Mann kauft, zeigt, die breiten Schichten der Bevölkerung.

SPD. Der Warenhauskonzern Karstadt, dessen Sanierung schon seit langem die Öffentlichkeit beschäftigt, legt mit dem Abschluss für 1930 zugleich einen Sanierungsplan vor.

Man kann gerade nicht sagen, dass sich der Umsatz bei Karstadt schlecht angeschlossen habe. Wertmässig hat sich der Umsatz allerdings von 327 Millionen Mark auf 310 Millionen Mark gesenkt. Es ist anzunehmen, dass sich die Käufer-

zahl erhöhte. Diese Erhöhung konnte aber die Drosselung der Kaufkraft durch Löhndruck usw. - wobei die Warenhäuser ja durch Druck auf die an sich niedrigen Gehälter nach Käufen mitgewirkt haben - nicht ausgleichen. Trotzdem konnte der Bruttogeschäftsgewinn auf Vorjahreshöhe gehalten werden. Die Ausdehnung, die der Karstadtkonzern betrieben hat, macht aber reichliche Abschreibungen notwendig, sodass sich ein Geschäftsüberschuss von nur 1,5 Millionen Mark ergibt gegenüber 15 Millionen Mark im Vorjahre. Die Gesamtabschreibungen stellen sich auf über 25 Millionen Mark. Um die Abschreibungen aufzubringen, wird der Reservefond von über 23 Millionen Mark in Angriff genommen.

Um hier einen Ausgleich zu erzielen, nimmt der Karstadtkonzern eine Kapitalerhöhung vor und zwar werden 20 Millionen Mark Stammaktien in Vorzugsaktien umgewandelt. Daraus fließt der Gesellschaft ein Buchgewinn von über 10 Millionen Mark zu, der zur Auffüllung des Reservefonds und zur Vornahme weiterer Abschreibungen benutzt wird. Im Zusammenhang mit der Bereinigung scheidet der bisherige Leiter des Konzerns, Schöndorff, aus dem Vorstand der Gesellschaft aus. Er ist schon vor Monaten durch einen Vertreter der Grossbanken ersetzt worden, der für die Umstellung verantwortlich zeichnet.

Der Karstadt-Konzern bleibt für das Jahr 1930 dividendenlos, nachdem für das vorige Jahr noch eine Dividende von 12 Prozent gezahlt werden konnte.

Nach einer Erhebung einer führenden amerikanischen Wirtschaftszeitschrift "American Economic Review) werden 40 bis 45 % des gesamten in der nordamerikanischen Industrie in dem nordamerikanischen Handel angelegten Vermögens von nur 200 Gesellschaften kontrolliert. Diese Riesengesellschaften, von denen jede Gesamtwerte im Betrage von mindestens 350 Millionen Mark und ein durchschnittliches Jahreseinkommen von über 20 Millionen Mark besitzt, verfügen über ein Gesamtvermögen von etwa 270 Milliarden Mark. In den letzten Jahren hat das Wachstum der führenden Konzerne viel schneller Fortschritte gemacht als das der übrigen 300 000 amerikanischen Wirtschaftsunternehmungen. Das ist ein Zeichen für die fortschreitende Konzentrierung des amerikanischen Grosskapitals. Die Geschicke der 200 Konzerne werden von etwa 2 000 Direktoren, die ein Rieservermögen als Jahresgehalt beziehen, gelenkt. Wie man angesichts dieser Feststellungen noch von Einzelinitiative und von Individualismus sprechen kann, bleibt das Geheimnis unserer liberalen Wirtschaftstheoretiker.
